

Gérard Duménil und Dominique Lévy

Die Krise des frühen 21. Jahrhunderts

Marxistische Perspektiven¹

Dass der Kapitalismus drei Jahrzehnte nach der Krise der 1970er Jahre unter Umständen, die an die Große Depression der 1930er Jahre erinnern, in eine neue strukturelle Krise geriet, wirft zahlreiche Fragen auf. Die folgende Studie fasst eigene Deutungen zusammen und diskutiert eine Reihe anderer marxistisch beeinflusster Analysen. Diese teilen mit uns eine kritische Analyse des Kapitalismus im Allgemeinen und die Kritik des Neoliberalismus als neuester Phase des Kapitalismus. Nicht überraschen wird, dass die Deutungen der Krise kontrovers bleiben. Selbst über die Große Depression konnte 80 Jahre nach ihrem Eintreten noch kein Konsens bezüglich ihrer tatsächlichen Ursachen erzielt werden.

1. Die Krise des Neoliberalismus

Wir definieren den Neoliberalismus als ein Klassen-Phänomen, als eine ›gesellschaftliche Ordnung‹, in der die Klassen des Kapitals Macht- und Verteilungsverhältnisse zu ihren Gunsten wiederherstellten, die während des Klassenkompromisses der sozialdemokratischen oder keynesianischen Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg relativiert wurden. Die Herrschaft über die Kontrolle der Finanzinstitutionen, die nun zum Vorteil der Klassen des Kapitals arbeiteten – bildete ein herausgehobenes Moment der neuen Ordnung. Als ›Finanzkapital‹ fassen wir die oberen Teile der kapitalistischen Klassen und ihre Finanzinstitutionen zusammen. In diesem Sinn kann die neoliberalen Ordnung als *finanzielle Hegemonie* bezeichnet werden. Der Übergang zu dieser neuen Konfiguration der Macht war jedoch nur in einer Allianz mit dem Management möglich, besonders seiner oberen Teile bzw. ihrer Finanzsegmente.

Wir interpretieren die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus als eine Krise finanzieller Hegemonie. Ihr Ursprung ist demnach bereits in den typischen Mechanismen des neoliberalen Kapitalismus zu finden: in der Finanzialisierung und Globalisierung. Die Kapitalisten strebten zwar immer nach maximalem Gewinn, aber mit dem Aufkommen des Neoliberalismus wurden wesentliche Veränderungen durchgesetzt: eine Disziplinierung der Arbeiter und des Managements (bezüglich des Managements wurde diese Disziplin allmählich überführt ins Bündnis mit dem Finanzkapital), Politik wurde zugunsten der Oberklassen neu definiert, Freihandel versetzte alle Arbeiter der Welt in ein Konkurrenzverhältnis, und die Kapitale waren nun frei, sich auf der Suche nach maximaler Rentabilität um den ganzen Globus zu bewegen. Zu den Mechanismen der Finanzialisierung und der Globalisierung fügten sich Strategien der Deregulierung, die diese Prozesse bedingten.

1 Die Originalfassung erscheint in Bellofiore/Vertova 2014.

Die Krise hätte bereits als Resultat dieser ins Extreme getriebenen neoliberalen Strategie ausbrechen können. Sie setzte sich aber schließlich ausgehend von den USA durch, weil dort die genannten Transformationen am weitesten fortgeschritten waren und die typischen Mechanismen des neoliberalen Kapitalismus durch eine Reihe anderer US-Besonderheiten verstärkt wurden. Letztere lassen sich als Pfad der Ungleichgewichte beschreiben, sowohl national als auch international. Ihre Hauptkomponenten sind: 1. eine abnehmende Rate der Kapitalakkumulation; 2. ein zunehmender Anteil der Konsumtion (einschließlich der Wohnhäuser) am Sozialprodukt; 3. die zunehmende Verschuldung der Haushalte; 4. das sich ausdehnende Defizit im Außenhandel; 5. die zunehmende Finanzierung der US-Ökonomie durch den Rest der Welt (Außenschulden). Vor allem die letzten beiden Entwicklungen, die ohne die internationale Hegemonie des Landes und die Position des Dollars als Weltwährung unmöglich gewesen wären, führten zu einer zunehmend fragilen Struktur, in der enorme reale und fiktive Profite gemacht und riesige ›Gehälter‹ für die Finanz-Manager bezahlt wurden.

Realökonomische und finanzielle Momente dieser Entwicklung verliefen nicht unabhängig voneinander. Zum Beispiel wäre die zunehmende Verschuldung der Haushalte unmöglich gewesen, hätten nicht Finanzialisierung und finanzielle Deregulierung dafür die Instrumente geschaffen. Ein anderer Aspekt dieses Wechselverhältnisses zeigt sich in der Globalisierung: Die Entwicklung des Freihandels in einer Welt ungleicher Entwicklung verursachte das zunehmende Defizit des US-Außenhandels. Gefördert wurde es durch Kreditpolitik zur Stimulierung der Inlandsnachfrage (bei unterschiedlichen Arbeitskosten und erodierendem technischen Vorsprung). Zugleich ermöglichte die laxe Kreditgewährung mit der entsprechenden Vielfalt riskanter Finanzinnovationen das Schuldenwachstum der Privathaushalte vor der Krise, das schließlich in der Hypothekenwelle seinen Ausdruck fand.

Tatsächlich war das Wachstum der Schulden der privaten und öffentlichen Haushalte ›nur‹ das Gegenstück der wachsenden Außenhandelsdefizite. Diese schaffen notwendig eine entsprechende Nachfragelücke für heimische Erzeuger. Ein Teil des Einkommens, das aus der Produktion resultiert, wird genutzt, um Käufe von Erzeugern außerhalb der USA zu finanzieren. Wenn Importe größer sind als Exporte, kehrt ein Teil dieser Kaufkraft nicht zu den Erzeugern zurück. Diese ungenügende Nachfrage muss durch neue Kreditströme kompensiert werden (die teilweise wiederum zum Kauf importierter Güter genutzt werden). Ist diese Kompensation nicht gesichert, sinkt die Nutzungsrate produktiver Kapazitäten im Inland, was Unternehmen dazu bringt, ihre Investitionen mit negativer Wirkung auf die Wachstumsrate zu verringern. Ein Defizit des Staatshaushaltes hätte die Aufgabe der Nachfragestimulation ebenfalls erfüllen können, aber dieses Mittel bewegte sich nicht im Rahmen der neoliberalen Trends vor der Krise. So war der Anstieg kreditgestützter Ausgaben der Haushalte das Resultat einer makroökonomischen Politik, erzwungen durch den Ungleichgewichtspfad der US-Ökonomie in einer globalisierten Ökonomie, nicht durch die Stagnation der Kaufkraft von Lohnempfängern.

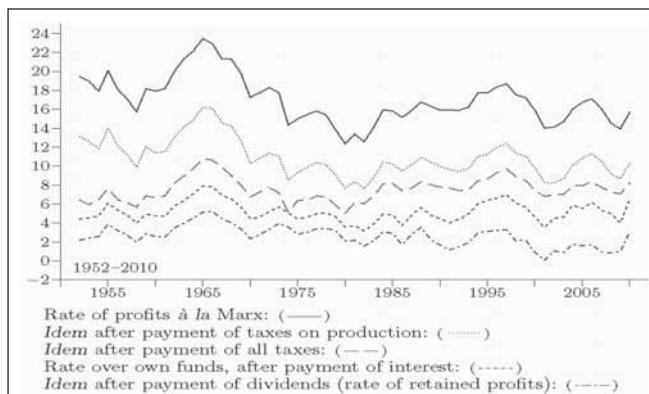
Wie bekannt, führte der Kollaps der Hypotheken-Pyramide zur Krise der gesamten fragilen Finanzstruktur und schließlich der Realwirtschaft. Aber die Pyramide war schon da, Ausdruck unhaltbarer, typischer und allgemeiner Trends des Neoliberalismus und v.a. der US-Makroökonomie. Von Beginn an aber wurde die Krise als »Finanzkrise« oder sogar spezifischer als »Subprime-Krise« gedeutet. Zwar bildet die Expansion finanzieller Mechanismen ein zentrales Moment in den Entwicklungen, die zur Krise führten, es ist jedoch nicht angemessen, die Krise als nur ›finanziell‹ zu charakterisieren. Sie muss vielmehr grundsätzlicher als ein Klassen-Phänomen gedeutet werden, d.h. neben der Finanzialisierung müssen Aspekte der Machtverschiebung zwischen den Klassen, der Globalisierung sowie der Ungleichgewichte der US-Ökonomie einbezogen werden.

Zwar konnte in den USA und in Europa die Rezession, die 2009 in der Realökonomie ihre Talsohle erreichte, durch makroökonomische Politik – Kreditvergaben und Bürgschaften an die Banken, öffentliche Konjunkturprogramme – scheinbar überwunden werden. Im zweiten Quartal 2011 pendelte sich das Bruttoinlandsprodukt fast wieder aufs Vorkrisenniveau ein. Die Industrieproduktion jedoch blieb deutlich darunter. Im Prozess der Krise und ihrer Regulierung entwickelten sich so vor allem Staatsschulden. Jede Kürzung öffentlicher Ausgaben hätte eine erneute makroökonomische Destabilisierung zur Folge gehabt. Tatsächlich kann keynesianische Nachfragepolitik immer nur für Atempausen in Phasen der Kontraktionen der Produktion sorgen. Sie basiert auf der Annahme, dass in den Phasen staatlicher Intervention die Makroökonomie ihre Fähigkeit zurückgewinnt, autonom zu wachsen. Keine der grundlegenden Transformationen, die notwendig sind, um die Ökonomie wieder zurück auf einen autonomen Wachstumspfad zu bringen, wurden jedoch durchgeführt – weder in Europa noch in den USA. Große Defizite bleiben notwendig, um die Makroökonomie zu unterstützen. Seit Ende 2011 forcieren die neuen politischen Verhältnisse nun aber den Abbau der Staatsdefizite. Die Krise tritt damit in eine neue, nun spektakulärere Phase ein, in der Kontraktionen und Abstürze der Produktion zu erwarten sind.

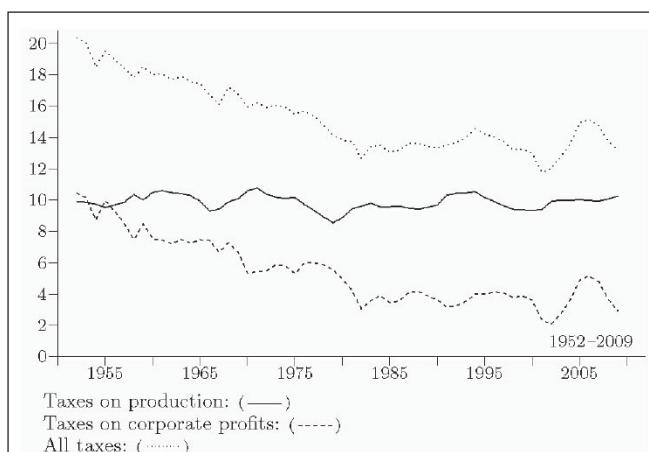
2. Kontroversen um die Krisenursachen

In der gegenwärtigen Krise entstand (erneut) eine große Debatte über die Entwicklung der Profitrate. Nahm diese vor der Krise ab und verursachte so die Krise? Aber auch Debatten über Verteilungsverhältnisse und damit die Rolle der Nachfrage in der Entstehung und im Verlauf der Krisen wurden geführt. Eine zentrale Schwierigkeit, Entwicklungstendenzen der Profitrate eines Landes oder eines Wirtschaftssektors empirisch zu erfassen, besteht darin, ihre Bestimmungsgrößen zu definieren. Die in Abb. 1 dargestellte obere Linie resultiert aus einer Berechnung der Profitrate »à la Marx«: Profite bilden hier das gesamte Einkommen minus der Zahlungen für die Entlohnung der Arbeit. Auf dieser Grundlage oszilliert die Profitrate im nicht-finanziellen Unternehmenssektor der USA vor 1965 um 19,2% und nach 1980 um 15,8%. In der zweiten Größe (in Abb. 1 darunter) wurden Unternehmenssteuern

von den Profiten abgezogen, in einer dritten sind alle Steuern abgezogen und in einer vierten sind die Zinsen aus den Profiten herausgenommen. Das letzte, in der Darstellung unterste Maß, spiegelt die Rate einbehaltener Profite nach Auszahlung von Dividenden wider.



Als ein wichtiges Ergebnis dieses Vergleichs kann festgehalten werden, dass die Profitraten, werden die Profite *nach Steuern* berechnet, nach 2000 größer als im Durchschnitt der 1950er und 1960er Jahre ist. Abb. 2 zeigt, dass die Steuern auf Unternehmensgewinne – im Gegensatz zu den Produktionssteuern – seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre beträchtlich gesenkt wurden. Es war offensichtlich diese Entlastung, die die entscheidende Gegentendenz zur fallenden Profitrate bewirkte.



Ein kritischer Ansatz, der beansprucht, die Rolle der Profitrate in ökonomischen Krisen zu untersuchen, muss jedoch die Mechanismen herausarbeiten, die die Profitabilität des Kapitals beeinflussen. Herrschende Lehrmeinungen verweisen darauf, dass höhere Profitraten größere Wachstumsraten des fixen Kapitals erlauben, weil sie die Kapitalisten zur Investition motivieren. Dieser erste Mechanismus, der *Anreiz*, spielt auch eine zentrale Rolle in der marxschen Analyse des Wettbewerbs und der Bildung von Produktionspreisen. Kapitalisten investieren mehr in Industrien, in denen die Profitraten höher sind. Entsprechend schrecken niedrige Profitraten von Investitionen ab. Zweitens aber tragen hohe Profite zur *Finanzierung* von Investitionen bei und sichern die Fortsetzung der Aktivitäten eines Unternehmens.

In einer erweiterten Perspektive können drei Investitionsmöglichkeiten zusammen betrachtet werden: 1. Investitionen in fixes Kapital mit dem Zweck, die produktiven Kapazitäten nicht-finanzieller Unternehmen zu vergrößern; 2. Investitionen im finanziellen Sektor; und 3. die Ausschüttung von Dividenden an die Aktionäre.

Die Wege, wie gesellschaftliche Entscheidungen zwischen den drei Möglichkeiten gefällt werden, kennzeichnen ›gesellschaftliche Ordnungen‹. Wir können unterscheiden zwischen dem Sozialkompromiss nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Neoliberalismus. (Wir abstrahieren hier von manchmal durchaus wichtigen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern.) Im Kompromiss der Nachkriegsordnung waren oberes Management oder Unternehmensleitungen auf produktive Investitionen orientiert. Dazu wurden Teile des Profits einbehalten oder Kredite aufgenommen. Im Neoliberalismus zielt das obere Management dagegen auf »Börsen-Performance« der Unternehmen. Dividenden werden großzügig ausgeschüttet. Der auf dem Management waltende Druck, Profite und ›Shareholder-Value‹ auch durch Globalisierung zu steigern, bewirkt, dass Inlandsinvestitionen zunehmend nur mehr als ›Restgröße‹ behandelt werden.

Eine andere, tief in der marxistischen Ökonomie verwurzelte Tradition, verortet die Krisenursachen in einer unzureichenden Kaufkraft der Lohnabhängigen, in der zu geringen Lohnquote bzw. in stagnierenden Reallöhnen. Für den von uns betrachteten nichtfinanziellen Unternehmenssektor der USA ist jedoch kein *signifikanter* Abwärtstrend im Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen erkennbar. Abb. 3 detailliert die Entwicklung. Nimmt man aus der Gesamtentwicklung jene Beschäftigengruppen mit höheren Gehältern heraus (die oberen 5 oder 10 %; 0-95 bzw. 0-90), zeigen sich divergierende Entwicklungen: Einkommenszuwächse konzentrieren sich auf die höheren Gehälter der oberen 5 %; Reallohnverluste sind bei der Masse der Lohnabhängigen (Segment 0-90 %) zu konstatieren.

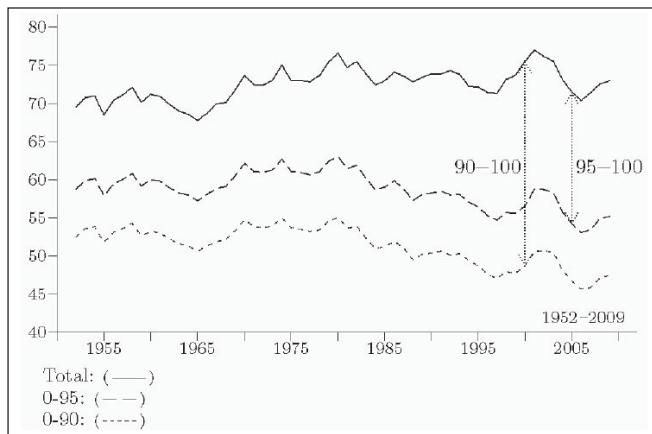


Abb. 3: Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen im nicht-finanziellen Unternehmenssektor der USA (in %)

In diesen Verteilungstrends spiegeln sich soziale Transformationen im neoliberalen Kapitalismus. Wir sehen sie als Resultat managerieller Entwicklungstrends. Im Neoliberalismus wurden die Einkommen zu Gunsten der sehr hohen Gehälter umverteilt. Und diese Haushalte, die über hohe Gehälter verfügen, sind auch diejenigen, auf die sich die Kapitaleinkommen konzentrieren (Zinsen und Dividenden, einschließlich Kapitalgewinne).

Betrachtet man die Ausgabenseite, wird deutlich, dass im Neoliberalismus die höheren Einkommen aber nicht mehr sparen (das war so vor dem Neoliberalismus). Zwischen dem Zweiten Weltkrieg und 1980 bewegte sich die mittlere Sparquote der Privathaushalte in den USA um 9 %. Während der neoliberalen Jahre fiel sie fast auf Null. Auch die traditionell sparenden Einkommenssegmente gaben mehr aus². Die notwendige Schlussfolgerung ist offensichtlich. Die neoliberale Einkommensdynamik zu Gunsten hoher Einkommen verursachte kein Absacken der Gesamtnachfrage. >Unterkonsumtion< lässt sich für die niedrigen Einkommensschichten feststellen (ihre Konsumtion entsprach nicht mehr annehmbaren Standards). Aber es gab keine makroökonomische Nachfragelücke. Die Entwicklungen bei der niedriger bezahlten Arbeit wurden überkompensiert durch die Ausgaben oberer Einkommensfraktionen. Diese Beobachtung bedeutet nicht, dass die >neue< Nachfrage ausreichend war, um die heimischen Unternehmen zu stützen. Ein zunehmender Anteil der Nachfrage wurde durch Auslandsimporte (China oder Mexiko, aber auch entwickelte kapitalistische Länder wie Deutschland oder Japan) befriedigt. Doch nicht weil die Nachfrage zu niedrig war, brach die Krise aus, sondern infolge der Widersprüche neoliberaler Globalisierung unter US-Hegemonie.

2 Bis 2000 wird dies auch durch eine Studie der US-Notenbank (Maki/Palumbo 2001) bestätigt, in der gezeigt wurde, dass die Abnahme des Sparsen vor allem innerhalb des Segments der 80-100 % stattfand (vgl. Sierminski/Takhtamanova 2007).

3. Marxistische Krisendeutungen

Verschiedene marxistische Ökonomen haben (a) die Entwicklung des Lohnanteils, (b) den Boom der Haushalts-Kredite, (c) die Entwicklung der Profitrate und (d) die Finanzialisierung des Kapitalismus in der gegenwärtigen Krise analysiert.

(a) *Zur Diskussion um den Lohnanteil:* Obwohl empirische Berechnungen deutlich das Gegenteil zeigen (siehe oben), wird die sinkende Nachfrage immer wieder als Krisenursache behauptet. Interpretationsfehler schleichen sich dadurch ein, dass der Anteil von Löhnen und Gehältern nicht direkt berechnet, sondern dessen Rückgang als Ergebnis des Vergleichs von Arbeitsproduktivität und Stundenlöhnen unterstellt wird (vgl. Kotz 2009; Shaikh 2011; Valle 2008). Tatsächlich kann die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital durch das Verhältnis von Stundenlöhnen und Arbeitsproduktivität ausgedrückt werden. Eine solche Betrachtung ignoriert jedoch die Bedeutung der Preise für die Nachfrage. Abb. 4 zeigt, dass sich in den USA 1. der (reale) Stundenlohn zwischen 1960 und 2009 nahezu verdoppelte, 2. die relativen Preise sich jedoch nur um den Faktor 1,5 vergrößerten und 3. die Arbeitsproduktivität um das dreifache gesteigert wurde. Folglich blieb der Anteil der Löhne etwa konstant (vgl. Abb. 3).

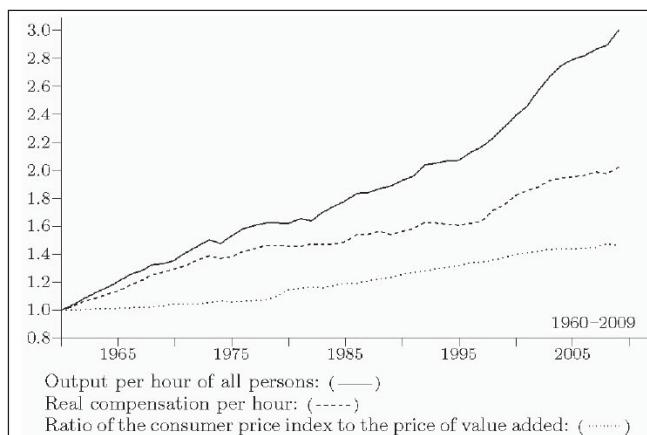


Abb. 4: Indizes von Arbeitsproduktivität, Reallöhnen pro Stunde und Lebenshaltungskosten (Werte 1960 = 1) in den USA

(b) *Der Kredit- und Häuser-Boom:* Unbestritten verursachten die Investitionen in Eigenheime ein exzessives Anwachsen der Preise im Wohnungsbau (das war die eigentliche ›Blase‹). Sie bildeten zugleich die Grundlage für eine wachsende Welle von Kreditaufnahmen, für die wiederum Häuser als Pfand dienten. Diese ›Blase‹ spielte unbestritten eine entscheidende Rolle bei der *Auslösung* der Krise, obwohl sie nicht als *Ursache* der Krise betrachtet werden kann. Eine problematische Interpretation entsteht vor allem dann, wenn zwischen dem ›Häuser-Boom‹, dem Anstieg der Kredite und der Frustration der Lohnabhängigen aus den unteren Einkommensschichten eine Verbindung konstruiert wird. Es wird argumentiert, dass der Kreditanstieg ein »normaler Nebeneffekt einer Abwärtsbewegung der

Gehälter« und einer »Stagnation der realen Konsumausgaben« gewesen sei. »Aber mit fallenden Zinsen und immer leichter gemachten Krediten wuchsen Konsumausgaben und andere Ausgaben weiter, aufsteigend auf einer anschwellenden Flutwelle von Schulden.« (Shaikh 2011, 45)

Dass zwischen der Abnahme der Kaufkraft bei der großen Masse der Lohnabhängigen und dem Anstieg der Schulden von Privathaushalten in den USA ein Zusammenhang besteht, darin steckt sicherlich ein Funken Wahrheit. Aber dies ist nicht ausreichend, um auf eine *kausale* Beziehung zu schließen: Erstens speiste sich der Boom des Finanzsektors vor allem aus hohen Einkommen (Kapitaleinkommen und hohe Gehälter einschließlich aller Formen von Prämien) und wurde zudem von aktiver Lobby-Arbeit zu Gunsten finanzieller Deregulierung begleitet. Zweitens fungierten die Hypotheken-Kredite als Maßnahmen, die die Makroökonomie stabilisierten. Kausale Konstruktionen zwischen Nachfragerglücke und Kreditexpansion unterschätzen aber die zentrale Rolle der Geldinstitutionen. Obwohl es die Funktion solcher Einrichtungen ist, das Verschuldungsniveau zu kontrollieren, gab es eine wachsende ›Toleranz‹ gegenüber den neuen gefährlichen Praktiken, die den Boom möglich machten und die Krise auslösten.

Letztlich aber zeigt sich aus unserer Sicht, dass der Kreditboom (nicht nur weil er von der US-Notenbank gefördert wurde) unentwirrbar in das wachsende Defizit des US-Außenhandels verstrickt war. Die fehlende US-Nachfrage konnte nur durch kreditfinanzierte Ausgaben der Haushalte kompensiert werden. Die private Verschuldung erschien makroökonomisch erforderlich.

(c) *Die Rolle der Profitrate*: Viele marxistische Ökonomen sehen eine Erholung der Profitrate in den neoliberalen Jahrzehnten. Sie können folglich in der gegenwärtigen Krise keine Krise der Rentabilität unterstellen. »Es dauerte lange, aber die Profitrate nähert sich nun den früheren Spitzenvwerten der 1960er Jahre.« (Moseley 2008, 7) Die Erholung der Profitrate wird durch eine Intensivierung der »Ausbeutung der Arbeit« erklärt, »die sich im Niedergang der Reallöhne relativ zur Produktivität« äußere (Shaikh 2011, 45). Andere sahen das Kapital quasi gezwungen, weil »Produktivitätsgewinne das Niveau der fordristischen Periode nicht erreichen«, nun durch »eine Abnahme des Lohnanteils – d.h. ein Anwachsen der Ausbeutungsrate« zu reagieren (Husson 2012, 3). Es besteht kein Zweifel an solchen Entwicklungen. Aber es ist schlicht nicht korrekt, aus dieser Beobachtung zu folgern, dass der Anteil von Löhnen und Gehältern am Gesamteinkommen abnahm. Nachdem man den neuen Aufwärtstrend der Profitraten erkannt hat, fehlt jeglicher Hinweis auf eine lange Phase der »Überakkumulation« des Kapitals.

Eine besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang jedoch die Analyse von Mohun (2011), der mit uns bezüglich der Bedeutung hoher Gehälter für den Krisenprozess konform geht. Er subsumiert höhere Gehälter jedoch unter Profiten. Damit gelangt er zu einer neuen Form der Bestimmung von Profitraten. Er zeigt deren Aufwärtstrend, zugleich aber deren Fall im letzten Jahrzehnt vor der Krise. Wir glauben nicht, dass die gegenwärtige Krise auf diese Weise interpretiert werden kann, halten die Diskussion seines Grundkonzepts aber für lohnend.

(d) *Finanzialisierung*: Ein letzter Strang marxistischer Debatten behauptet, dass die fehlende Erholung der Investitionstätigkeit in der Krise und anhaltende Finanzialisierung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Die Expansion des Finanzsystems sei Resultat »der Zunahme nicht investierter Profite«. »Daher ist Finanzialisierung kein autonomer Faktor und erscheint als logisches Gegenstück des Niedergangs des Gehaltsanteils und der wachsenden Knappheit profitabler Investitionsgelegenheiten.« (Husson 2012, 3)

Überzeugend kritisiert Costas Lapavitsas (2010, 3) jedoch diese Sichtweise, die »schwache Produktion mit einem boomenden Finanzsystem« verknüpft. Er schlägt dagegen eine Interpretation vor, in der es »keinen direkten Kausalzusammenhang zwischen boomendem Finanzsystem und schwacher Produktion gibt. Finanzialisierung stellt eher eine systemische Transformation von kapitalistischer Produktion und Finanzsystem dar«. Ähnlich interpretieren wir den gleichzeitigen Abwärtstrend der Akkumulation und die Explosion finanzieller Mechanismen als zwei Konsequenzen einer spezifischen Entwicklungsweise des Kapitalismus, des Neoliberalismus, in dem aber kein Trend den anderen verursacht.

4. Eine historische Perspektive

Die von uns vorgeschlagene Interpretation legt es nahe, Krisenprozesse stärker in einer historischen Perspektive zu thematisieren. Im Folgenden diskutieren wir zuerst Grundlagen einer solchen »welthistorischen« Perspektive, wobei wir an Fernand Braudel anschließen. Dem stellen wir abschließend einige Konsequenzen unserer eigenen Analyse historischer Transformation gegenüber, allerdings begrenzt auf das späte 19. Jahrhundert und auf die USA.

In der Tradition Braudels, die auf das Erfassen »langer Wellen« welthistorischer Entwicklung abzielt, zeigt Giovanni Arrighi, dass »alle wesentlichen Expansionen des Welthandels und der Weltproduktion in eine Überakkumulation von Kapital« mündeten. Er zeigt auch, dass solche Phasen der Überakkumulation Pfade »jenseits der normalen Wege profitabler Investitionen« eröffneten. »Wann immer sich dies ereignete, waren die Organisationszentren der kapitalistischen Expansion in einer Position, die wenigstens für eine Zeit lang erlaubte, ihre Dominanz über weltweite Prozesse der Kapitalakkumulation durch finanzielle Vermittlung [financial intermediation] abzusichern.« (1999, 223)

Dieser Analyserahmen, der Fragen von profitablen Investitionsmöglichkeiten und der Überakkumulation des Kapitals mit der Bewegung hin zu Finanzaktivitäten verknüpft, wurde besonders von Immanuel Wallerstein zugespitzt. Er unterscheidet in seiner Reformulierung von Kondratieffs Theorie langer Wellen zwischen Phasen A und B des ökonomischen Aufstiegs oder Abstiegs: »Wir sind heute offensichtlich in der Phase B eines Kondratieff-Zyklus, die vor 30 oder 35 Jahren begann, nach einer Phase A (von 1945-1975) [...] In einer Phase A werden Profite durch materielle Produktion erzeugt, industrielle oder andere; in einer Phase B muss der Kapitalismus, um weiter Profite zu schaffen, sich finanzialisieren und in der Spekulation Zuflucht

nehmen. Wir sind heute im letzten Abschnitt einer Phase B eines Kontrateff, wo der virtuelle Niedergang real wird und Blasen eine nach der anderen platzen: Bankrotte sich vervielfältigen, die Konzentration des Kapitals zunimmt, Arbeitslosigkeit wächst und die Ökonomie eine Situation realer Deflation erfährt.« (2008) Die gegenwärtige Krise offenbare, dass der Kapitalismus in sein Endstadium eingetreten sei. Seine Fähigkeit »zu realer Akkumulation ist an ihre Grenzen gestoßen« (ebd.).

Auch wir berücksichtigen in unserer Interpretation der Geschichte des Kapitalismus Kombinationen vom tendenziellen Fall der Profitrate und der Entwicklung finanzieller Mechanismen. Weder aber interpretieren wir die gegenwärtige Krise als eine Krise der Rentabilität, noch schließen wir uns Interpretationen an, die die neoliberalen Jahrzehnte als eine »Phase B« sehen (wollen). Der Übergang zur Finanzialisierung und zur Herrschaft des Finanzkapitals im Neoliberalismus resultierte nicht aus einem Mangel an Investitionsmöglichkeiten; er folgte ›lediglich‹ der Logik einer Phase *finanzialer Hegemonie*.

In unserer Interpretation erlebte der Kapitalismus vier große Krisen, die wir als »strukturelle Krisen« bezeichnen: die Krise der 1890er, die Große Depression, die Krise der 1970er und die gegenwärtige Krise. Die erste und die dritte entwickelten sich als Folge einer Abnahme der Rentabilität, mit entsprechenden Verlaufsformen. Die zweite und die vierte Krise resultierten aus Phasen *finanzialer Hegemonie* (also der Kombination von neuer Klassenherrschaft und neuer Kontrolle der Finanzinstitutionen). Die Formen und Prozesse der Krisen müssen folglich unterschieden werden. Während sich der Kapitalismus in einer Rentabilitäts-Krise nämlich tatsächlich am ›Abgrund‹ bewegt, versuchen in den Phasen *finanzialer Hegemonie* die dominierenden Klassen des Kapitals, alle Schranken ihrer Macht und ihres Profitstrebens zu beseitigen.

Bereits in früheren Arbeiten (Duménil/Lévy 1996; 2011) haben wir versucht, die historische Entwicklung der Profitrate in der US-Ökonomie zu interpretieren. Abb. 5 veranschaulicht dies. Die Basis bildet eine Profitrate ›à la Marx‹. Die Trendlinie (---) weist die Abfolge von vier Phasen aus: 1. eine Phase ihres Niedergangs bis zum Ersten Weltkrieg; 2. eine andauernde Erholung, nur scheinbar unterbrochen durch die Große Depression; 3. den Niedergang der Profitrate von Mitte der 1960er bis zu Beginn der 1980er Jahre; 4. ihre schwache Erholung während der neoliberalen Jahre. Die beiden Phasen des Niedergangs der Profitrate mündeten in Rentabilitäts-Krisen. Die Große Depression und die gegenwärtige Krise dagegen unterbrechen lediglich Phasen der kapitalistischen Erholung und Restauration. Sie lassen sich kaum als ›Phasen B‹ interpretieren.

Die Existenz von Phasen der Erholung bzw. der Restauration des Profits, wie wir sie beobachteten, widerspricht nicht der Analyse von Marx. Das »Gesetz«, von dem Marx bei der Profitrate spricht, ist noch wirksam und bildet eine wesentliche Komponente der Dynamik. Aber der Kapitalismus darf nicht als passives Opfer seiner eigenen Entwicklungslogik und damit seiner Gesetze interpretiert werden, die ihn letztlich ins Grab bringen. Reaktionen des Kapitals – mit Marx: Gegentendenzen – lassen sich in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder beobachten: in

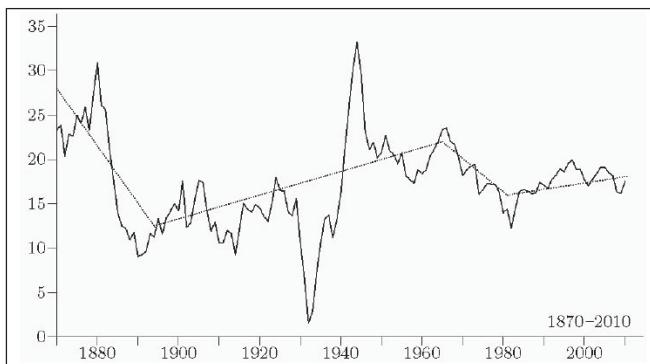


Abb. 5: Die Profitrate in der privaten Ökonomie der USA seit dem Bürgerkrieg

Strategien der technisch-organisatorischen Veränderungen der Arbeitsorganisation, in der Transformation sozialer und institutioneller Beziehungen. In allen kommt immer wieder ein aktiver Prozess des Kapitalismus zum Ausdruck, mit dem er auf die ihm eigenen Krisentendenzen antwortet.

Die Phase der Wiederherstellung der Kapitalrentabilität, wie sie während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis Mitte der 1960er Jahre deutlich zu beobachten war, ist dabei von großem – auch theoretischem – Interesse. Sie wurde möglich durch eine wirkliche Metamorphose des Kapitalismus, in der alle Beziehungen der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassenverhältnisse einbezogen waren: eine unternehmerische Revolution, eine finanzielle Revolution (die mit dem Auftreten großer Banken zugleich ›Hausbanken‹ der Unternehmen für produktive Investitionen schuf), eine Manager-Revolution. Diese Revolutionierungen der Produktionsverhältnisse wurden nach dem Zweiten Weltkrieg durch die makroökonomische Politik, die »keynesianische Revolution«, noch erweitert. Trotz der dramatischen Transformationen in der ›gesellschaftlichen Ordnung‹ und der stabilisierenden Funktion des Neoliberalismus für die Profitrate aber scheint unter den Bedingungen der Rückkehr zur ungehemmten Führung der kapitalistischen Klassen im Neoliberalismus keine nachhaltige Stabilisierung des Kapitalismus in Sicht.

Aus dem Englischen von Manfred Bürger und der Redaktion

Literatur

- Arrighi, Giovanni, »The Global Market«, in: *Journal of World-Systems Research*, 5. Jg., 1999, H. 2, 217-51
- Bellofiore, Riccardo, u. Giovanna Vertova, *The Great Recession and the Contradictions of Contemporary Capitalism*, Adelshot/England 2014
- Duménil, Gérard, u. Dominique Lévy, *La dynamique du capital. Un siècle d'économie américaine*, Paris 1996
- diess., *The Crisis of Neoliberalism*, Cambridge/Mass. 2011
- Husson, Michel., »Le néolibéralisme, stade suprême?«, in: *Actuel Marx* 51, 2012, 86-101

- Kotz, David. M., »The Financial and Economic Crisis of 2008: A Systemic Crisis of Neoliberal Capitalism«, in: *Review of Radical Political Economics*, 41. Jg., 2009, H. 2, 305ff
- Lapavistas, Costas, *Financialisation and capitalist accumulation: Structural accounts of the crisis of 2007-9*, SOAS, Research on Money and Finance, Discussion Paper, char 35, 16/2010
- Maki, Dean M., u. Michael G. Palumbo, *Disentangling the Wealth Effect: A Cohort Analysis of the Household Saving in the 1990s*, Federal Reserve, Washington 2001 (www)
- Mohun, Simon, *Rate of Profit and Crisis in the US Economy, 1890-2009*, School of Business and Management, Univ. of London, Working Paper 2008
- Moseley, Fred, *The US Economic Crisis: Causes and Solution*, Mount Holyoke, Working Paper 2008 (www)
- Shaikh, Anwar, »The First Great Depression of the 21st Century«, in: *Socialist Register*, 47. Jg., 2011, 42ff
- Sierminska, Eva, u. Yelena Takhtamanova, »Disentangling the Wealth Effect: Some International Evidence«, *FRBSF Economic Letter*, 2007, 2, 1-3
- Valle, Alejandro, »La crisis estadounidense y la ganancia«, in: *Razón y Revolución*, 18. Jg., 2008, 79-93
- Wallerstein, Immanuel, »Le capitalisme touche à sa fin«, Interview, in: *Le Monde*, 11. Oktober 2008

Die Krise des globalen Kapitalismus von hier bis Chimerika



368 Seiten · 19,50 €
ISBN 978-3-88619-339-4

Teil I des Buchs setzt sich mit der Finanzkrise auseinander: Erscheinungsformen der Krise, Marxsche Krisenbegriffe, Was ist neu an dieser Krise?, Spekulation, »Finanzialisierung«, Flucht aus der Geldform in die Geldwarenform. Teil II seziert die Hegemoniekrise: Imperium oder Imperialismus, Rekonstruktion der US-Hegemonie unter Obama?, Hegemoniekämpfe in den USA, Chimerika – das amerikanisch-chinesische Paradox, China und die Welt nach Chimerika, High-tech-Antikapitalismus und Krise der Demokratie.

»W.F. Haug begibt sich in einer faktenreichen und theoretisch dichten Studie auf die Suche nach den systemischen Krisenbewegungen des Kapitalismus. Äußerst bedenkenswert, weil er die These des Akkumulationsproblems nicht nur mit einer Vielzahl aktueller Wirtschaftsdaten unterfüttert, sondern sie auch nachvollziehbar in den Rahmen politischer Gegenwartstheorie einpasst.« Nils Markwardt im *Freitag*